

**Adelheid Biesecker**, Netzwerk „Vorsorgendes Wirtschaften“, Wiss. Beirat von Attac Deutschland

## **Podium 7: Postwachstumsökonomie demokratisch gestalten: Markt, Plan, Solidarische Ökonomie?**

1) Eine Postwachstumsökonomie ist für mich eine Ökonomie, in der die bisherige Trennungsstruktur aufgehoben wird – die Trennung zwischen Produktion und sog. Reproduktion, hinter der sich der größte Teil der lebendigen Grundlagen des Wirtschaftens verbirgt: die sozial-weibliche Care-Arbeit und die Natur mit ihrer Produktivität. Verbunden mit einem Perspektivenwechsel – geblickt wird von dem bisher Abgespaltenen, den menschlichen und natürlichen Lebensprozessen, auf Märkte – erweist sich diese Ökonomie als „eingebettet“ in Ökologie und Soziales, wobei diese Betten selbst durch wirtschaftliches Handeln verändert werden. Es ist eine Ökonomie, die „das Ganze des Wirtschaftens“ und „das Ganze des Arbeitens“ umfasst, auf gutes Leben für alle zielt und einer langfristig ausgerichteten Für- und Vorsorgerationalität folgt. Sie ist geprägt durch ein kooperatives Verhältnis zur Natur und durch Geschlechtergerechtigkeit i. S. von Verteilung, Anerkennung und demokratischer Teilhabe. Ich nenne diese neue Ökonomie „Vorsorgendes Wirtschaften“. Im Gegensatz zur gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftsweise unterliegt sie keinem Wachstumszwang.

2) Bei der notwendigen Transformation geht es vor allem um drei Dimensionen: die materiell-technische (auf sozial-ökologische Qualitäten ausgerichtete Stoffwirtschaft und erneuerbare, v. a. solare Energie), die soziale (Integration aller Arten von Arbeit im „Ganzen der Arbeit“) sowie die kulturelle (das „Recht auf Suffizienz“, wie Uta v. Winterfeld es nennt, d. h. das Recht auf einen nachhaltigen Lebensstil). Alle drei Dimensionen verweisen auf die grundlegenden Veränderungen: die Herausbildung nachhaltiger gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Notwendig ist dafür mindestens dreierlei:

- kooperatives Nachdenken (Integration von ExpertInnen- und Alltagswissen) über den nachhaltigen Umgang mit Stoffen und Energien in Unternehmen und Haushalten, gestützt durch eine entsprechende Stoff- und Energiepolitik der Bundesregierung;
- radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, Aufwertung der Care-Arbeit, Umverteilung beider Arbeitsarten zwischen Männern und Frauen, gestützt durch den Ausbau der öffentlichen sozialen Infrastruktur;
- Möglichkeitsräume für Suffizienz, d. h. für das Aussteigen aus dem Wachstumszwang, wie Orte des gemeinsamen Selbermachens (z. B. Häuser der Eigenarbeit oder Gemeinschaftsgärten), Städte mit Vorrang für FußgängerInnen und Fahrräder oder solidarische Wirtschaftsformen jenseits von Märkten.

3) Diese grundlegende Transformation kann nur über vielfältige demokratische Aushandlungsprozesse erfolgen, die alle jew. Betroffenen einschließt. Die neue Ökonomie ist selbst eine demokratische

Mehr-Ebenen-Ökonomie (betriebs- und haushaltsbezogen, lokal, regional, national, global). Damit kehrt das Primat der Politik zurück – die oben angedeuteten Entscheidungen über Transformationsschritte können nicht den Märkten und der „offiziellen“ Politik überlassen werden. Auch die Frage, was und wie privat oder öffentlich zu leisten ist, wird in diesen demokratischen Beratungsprozessen geklärt. Daher passt die Debatte um die sog. Commons zu diesem Konzept – wie auch das Konzept der Wirtschaftsdemokratie, das allerdings über die Unternehmensgrenzen hinaus ausgedehnt werden muss.

4) Die Transformation bedeutet, dass alle Wirtschaftsbereiche, also auch die Märkte, auf die neuen Handlungs- und Rationalitätsprinzipien umgestellt werden. Eine Postwachstumsökonomie muss nicht auf Märkte verzichten – aber sie muss diese sozialen Konstrukte umgestalten. Märkte (auch Finanzmärkte, wenn es sie noch geben soll) sind dann nicht mehr Mittel für Profitzwecke, sondern für Lebenszwecke. Was durch sie, was durch die neue Care-Ökonomie, was durch die Zivilgesellschaft oder was durch den Staat verantwortet werden soll, wird ebenfalls in demokratischen Prozessen auszuhandeln sein. Sicher ist: Wo es Preise und Löhne gibt, sind diese so zu gestalten, dass die Reproduktion, die Wiederherstellung der vernutzten Stoffe, Energien und Arbeitskraft, gesichert ist. Hier kann staatliche Preis- und Lohnpolitik am Transformationsprozess mitwirken – z. B. durch eine ein gutes Leben ermöglichende Mindestlohnpolitik oder durch Ge- und Verbote bezüglich der Nutzung des öffentlichen Gutes Natur oder durch das Vorsorgeprinzip stärkende Subventionen.

5) In diesem Transformationsprozess geht es nicht um die Internalisierung von sozialen und ökologischen Kosten, sondern umgekehrt: um die Internalisierung der bisherigen autonomen Marktökonomie in die sozialen und ökologischen Lebenswelten. Dabei kann sich dieser Prozess auf viele schon existierende Wirtschaftsformen stützen, in denen es um Bedürfnisorientierung und Sorge um das menschliche und natürliche Leben geht: z. B. auf ökologische Landwirtschaft und Care-Ökonomie, auf Handwerk und alte und neue Unternehmen in Genossenschaftsform. Es gilt nicht so sehr, eine Investitionssteuerung „von oben“ zu praktizieren, als vielmehr, diesen Erfahrungen „von unten“ eine Stimme zu geben. Die neue Ökonomie und der Weg dorthin sind vielfältig. Jede Stimme wird dafür gebraucht.